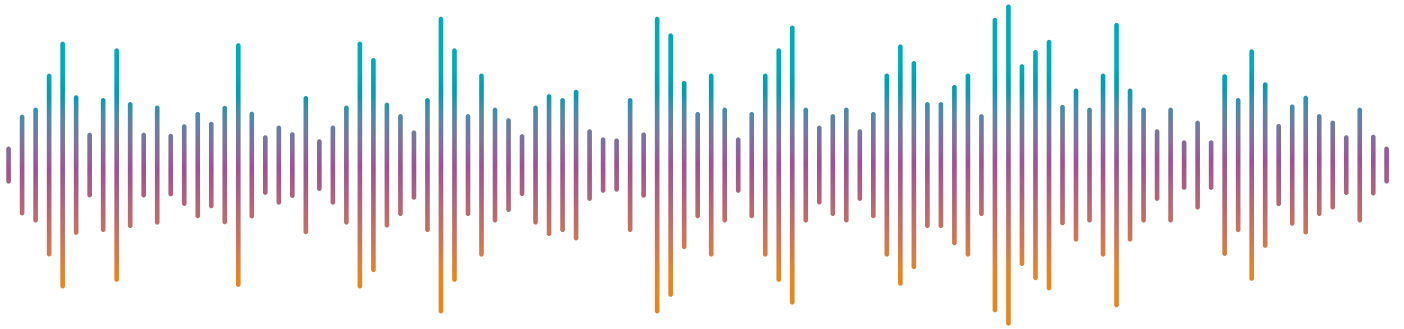


Resolution



Wir, die Teilnehmerinnen des 44. Herbsttreffens der Medienfrauen von ARD, ZDF, Deutschlandradio, Deutscher Welle und ORF fordern:

»Sprechen wir anders über Hass und Gewalt gegen Frauen – Lasst uns viel mehr dagegen tun«

Hass und Gewalt – ob im Netz oder außerhalb, ob physisch oder psychisch – sind immer geprägt von gesellschaftlichen Strukturen und Identitäten der Betroffenen und Täter:innen.

Mehr als 148.000 Menschen in Deutschland haben 2020 Gewalt in ihrer Beziehung erlebt. Der bei weitem größte Teil der Opfer waren Frauen – der bei weitem größte Teil der Täter waren Männer. Und die Zahlen steigen unentwegt weiter.

Und auch die digitale Gewalt hat erschreckende Ausmaße angenommen: In der Altersgruppe der 18–35-jährigen war in der EU im Jahr 2021 jede zweite Person von digitaler Gewalt betroffen. Zudem sind Ausprägungen und Konsequenzen für Frauen und Männer unterschiedlich. Die Folgen werden für Frauen oft bagatellisiert.

Hass im Netz gegenüber Frauen ist oft sexualisiert. Ihnen wird mit Vergewaltigung gedroht, ihre Bilder landen auf Porno-Plattformen, sie werden auf ihr Aussehen reduziert, abgewertet und beleidigt. Sie werden bevormundet, verkindlicht, mit althergebrachten patriarchalen Stereotypen beladen, und ihnen wird Kompetenz abgesprochen. Selbst dann, wenn sich Frauen zu einem völlig anderen Thema äußern, werden sie angegriffen, weil sie Frauen sind.

Vergewaltigungsandrohungen im Netz betreffen fast ausschließlich Frauen. Und das gilt auch für bildbasierte Gewalt. Kurz: Hass gegen Frauen im Netz ist eine neue Form, Frauen mundtot machen zu wollen.

Frauen, die Hass und Gewalt erfahren, werden in unserer Gesellschaft nach wie vor nicht ernst genommen. Dabei ist ein Femizid ein Mord! Kein »Familiendrama«, keine »Beziehungstat«. Eine Beziehung ist keine Rechtfertigung für Gewalt! Auch digitale Gewalt im Netz wird häufig verharmlost und zu selten geahndet, Strafverfahren werden zu oft eingestellt.

Egal ob analog oder digital, wir als Gesellschaft müssen mehr gegen Hass und Gewalt gegen Frauen und gesellschaftliche Minderheiten unternehmen. Die Medien müssen mehr über die Hintergründe, über gesellschaftliche Strukturen berichten, die Hass und Gewalt ermöglichen und legitimieren, statt die Berichterstattung auf Einzelfälle zu fokussieren.

Wenn Frauen sich im Netz nicht mehr äußern wollen, weil sie mit Hass überschüttet werden, wenn Journalistinnen nicht mehr über bestimmte Themen berichten können, sind nicht nur die jeweiligen Kolleginnen, sondern auch die Pressefreiheit und der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Gefahr.

Die Intendant:innen von ARD, ZDF, Deutschlandradio, Deutscher Welle und ORF fordern wir auf:

- \ Keine Kollegin, ob fest oder frei, darf mit dem Hass allein gelassen werden.
- \ Sorgen Sie für klare Ansprechpersonen. Erarbeiten Sie einen Krisenplan mit Eskalationsstufen. Denken Sie dabei auch an die Journalistinnen, die für mehrere Häuser tätig sind.
- \ Bieten Sie von Hass betroffenen Journalistinnen/Mitarbeiterinnen juristische Unterstützung. Benennen Sie Ansprechpartner:innen in Rechtsabteilungen oder No-Hate-Beauftragte im Falle von Hass-Postings.
- \ Kommunizieren Sie transparent, wann Ihr Sender rechtliche Schritte einleitet und was Sie im Fall von extremem Hass nach außen hin unternehmen bzw. welche Konsequenzen drohen.
- \ Stärken Sie den Datenjournalismus: Lassen Sie recherchieren, wer hinter vermeintlichen »Shitstorms« steckt. Shitstorms sind kein Naturereignis, sondern oft kuratierte Aktionen gegen einzelne Personen, die gezielt von Netzwerken gesteuert werden, die Frauen und/oder gesellschaftliche Minderheiten hassen und zudem häufig Allianzen mit rechtsradikalen Netzwerken bilden. Dabei verlassen sich die Hater darauf, einer von vielen zu sein und nicht so einfach belangt werden zu können. Das ist aktiv aufzubrechen.
- \ Stärken Sie Ihr Community Management, um angemessen moderieren und reagieren zu können. Sorgen Sie für ausreichende Information über Hilfsangebote für Betroffene.
- \ Bieten Sie Mitarbeiter:innen, die in ihrem (redaktionellen) Alltag viel mit Hass konfrontiert sind, Schulungen und Supervisionsmöglichkeiten.
- \ Entwickeln Sie Programmformate, die aufklären, warum Meinungsfreiheit wichtig ist, was (digitaler) Hass ist, was dieser mit Menschen macht und wie er geahndet wird, und wie Hass und Diskriminierung verbunden sind.
- \ Sensibilisieren Sie Ihre Redaktionen für die spezifischen Ausprägungen und strukturellen Hintergründe von Hass und Gewalt gegen Frauen.
- \ Sorgen Sie für angemessene Wortwahl. Sog. »häusliche Gewalt« ist nicht privat, sondern in den allermeisten Fällen Gewalt an Frauen und Kindern. Sog. »Beziehungstaten« sind meist Femizide – Frauen werden ermordet, weil sie Frauen sind.

Von der Politik fordern wir:

- \ Die Finanzierung von Frauenhäusern muss endlich gesichert und weiter ausgebaut werden.
- \ Es muss viel mehr präventive Hilfsangebote geben. Die Informationen über Hilfsangebote müssen allen immer zugänglich sein.
- \ Strafverfolgungsbehörden müssen entsprechend ausgestattet und deren Mitarbeiter:innen geschult werden, um Hass und Gewalt gegen Frauen zu erkennen und angemessen dagegen vorgehen zu können.
- \ Online-Plattformen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, illegalen Content zu entfernen. Die Gewinne, die sie mit Hass im Netz machen, sollten in die Bekämpfung von Hass geleitet werden. Mit Hass Geld zu verdienen ist ein No-Go!

44. HERBSTTREFFEN DER MEDIENFRAUEN 2022

Entsetzen. Empathie.

Engagement. Empowerment.